

Grundsatzpapier der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg (GHG)

Stand: 31.03.2019

Selbstverständnis (1)

Wir als Grüne Hochschulgruppe setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und gerechte Universität ein. Inhaltlich beschäftigen wir uns mit „grünen“ Themen auf lokaler, landes- und bundespolitischer Ebene, arbeiten aber strukturell und organisatorisch unabhängig von politischen Parteien.

Einerseits sind wir in hochschulpolitischen Gremien wie dem Studierendenrat (StuRa) und dem Senat der Universität Heidelberg vertreten, andererseits arbeiten wir als Gruppe inhaltlich, planen Aktionen und Veranstaltungen zu Themen, die uns wichtig sind und beteiligen uns am politischen Diskurs.

Wir wollen es allen Studierenden ermöglichen, an uns heranzutreten und über uns in Kontakt mit der Verfassten Studierendenschaft zu kommen. Unsere Treffen sind für alle offen.

Wir bieten einen offenen Raum für die Auseinandersetzung mit (Hochschul-)Politik.

Bei uns ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Homophobie und generell jegliche Form der Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Kurzform:

Wir als Grüne Hochschulgruppe (GHG) stehen für eine ökologische, nachhaltige und gerechte Universität. Als organisatorisch unabhängig von politischen Parteien setzen wir uns in hochschulpolitischen Gremien wie dem Studierendenrat (StuRa) und dem Senat der Universität Heidelberg für die Interessen aller Studierenden ein. Wir planen Aktionen und Veranstaltungen zu Themen, welche uns wichtig sind und beteiligen uns am politischen Diskurs.

An der Universität ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus, Homophobie oder jegliche andere Formen der Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

In erster Linie beschäftigen wir uns mit folgenden Themen:

Ökologische Universität - Lehre, Forschung, Betrieb, Initiativen von Studierenden (2)

Universitäten als Orte, an denen gelehrt und geforscht wird, können eine zentrale Rolle bei der Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung spielen. Gerade die Universität Heidelberg, die sich „Zukunft seit 1386“ als Motto gegeben hat, muss mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass Verantwortungsbewusstsein und Nachhaltigkeit heute essentiell sind. Der ganzheitliche Nachhaltigkeitsgedanke muss auf allen Ebenen der Universität, in der Lehre, der Forschung und dem Betrieb gelebt werden.

Dazu gehören der Bezug von Ökostrom, die Verwendung von Recyclingpapier, mehr Ressourceneffizienz durch eine ambitioniertere Digitalisierung sowie die Begrünung von Dachflächen und Fassaden. Ebenso beinhaltet das den Schutz der Biodiversität und Lebensformen auf den Campus der Universität.

Wir fordern die Wiederbelebung der Interdisziplinären Ergänzungsstudien

Umweltwissenschaften, eines für alle Studierenden und Doktorand*innen belegbaren Studium

Oecologicums, das bereits 1996 eingeführt wurde, inzwischen aber nicht mehr angeboten wird.

Kurzform:

Die Universität Heidelberg, welche sich das Motto „Zukunft seit 1386“ gegeben hat, sollte mit gutem Beispiel voran gehen und zeigen, dass Verantwortungsbewusstsein und Nachhaltigkeit heute essentiell sind. Der Nachhaltigkeitsgedanke soll auf allen Ebenen der Universität umgesetzt werden. Dazu gehören der Bezug von Ökostrom, die Verwendung von Recyclingpapier, mehr Ressourceneffizienz durch eine ambitionierte Digitalisierung sowie die Begrünung von Dachflächen und Fassaden. Ebenso beinhaltet das den Schutz der Biodiversität und Lebensformen auf dem Campus der Universität.

Soziale und Geschlechtergerechtigkeit (3)

Wir setzen uns dafür ein, eine sozial gerechte und barrierefreie Uni zu schaffen, zu der alle Zugang haben sollen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung/Identität, physischem und psychischem Befinden oder sozialem Hintergrund muss Teilhabe auf allen Ebenen des Unilebens ohne Einschränkungen möglich sein. Studium, Lehre, Forschung, ehrenamtliches Engagement und sonstige Aktivitätsfelder an unserer Uni müssen diesen Ansprüchen gerecht werden. Universitäres Leben kann nur erfolgreich sein, wenn Inklusion aktiv gelebt wird und keine Person - auch unabsichtlich - aufgrund dieser Hintergründe ausgeschlossen oder abgeschreckt wird.

Unser Ziel ist es auch, dass alle öffentlich zugänglichen Textdokumente der Universität (z.B. Prüfungsordnungen, Webseiten, etc.) und der Verfassten Studierendenschaft in geschlechtergerechter Sprache abgefasst werden. Wir erkennen die gesellschaftliche Realität an, dass an der Hochschule gezielt Frauenförderung betrieben werden muss, da in der akademischen wie auch in der studentischen Selbstverwaltung ein massives Ungleichgewicht vorherrscht. Daher verfolgen wir aufmerksam und kritisch die Vergabe von Professuren im Senat.

Wir stehen solidarisch mit den LGBTQIA+-Studierenden der Universität und unterstützen Initiativen, die trans*-Studierenden den Unialltag erleichtern und eine Geschlechtsanpassung in den Unidokumenten einfacher möglich machen.

Unsere Wahlkampflisten stellen wir quotiert auf, um den gesellschaftlich-kulturell bedingten Geschlechternormen entgegenzuwirken.

Neben der Geschlechtergerechtigkeit spielt besonders die soziale Gerechtigkeit für uns eine wichtige Rolle. Durch soziale Ungleichheiten werden Menschen gegenwärtig von der Aufnahme eines Studiums und der Partizipation an ehrenamtlichen Tätigkeit ausgeschlossen.

Das bedeutet für uns eine kategorische Ablehnung von allen – auch versteckten – Studiengebühren, wie z.B. dem Verwaltungskostenbeitrag. Diese wirken immer sozial selektiv und schränken außerdem die wahrgenommene Zugänglichkeit zu weiterführender Bildung ein. Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht, das auch gewahrt bleiben soll. Wir treten für die Abschaffung ungerechter Zugangsvoraussetzungen an der Universität ein, da wir eine offene Hochschule gestalten wollen und Menschen nicht von höherer Bildung ausschließen möchten.

Bezahlbarer Wohnraum (4)

Wohnraum in Heidelberg ist knapp und überteuert. Daher fordern wir, dass mehr bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt wird und auch der inklusive Wohnbau gefördert wird. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass keiner Person Heidelberg als Studienort aufgrund des Mietspiegels oder Diskriminierung beruhend auf körperlichen Beeinträchtigungen verwehrt wird.

Mobilität in einer Studierendenstadt (5)

In Heidelberg gibt es bezüglich des Verkehrs viele Schwierigkeiten. Gerade die von Studierenden meist genutzten Mobilitätsformen sind im Stadtbild bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Besonders für Fahrradfahrer*innen ist die Verkehrssituation nicht optimal. Die Verkehrsführung ist stellenweise aufwendig und erfordert unter anderem von Fahrradfahrer*innen große Umwege, wenn sie nicht gegen die StVO verstoßen wollen. Es gibt zu viele und zu ungünstig geschaltete Ampeln, die einen flüssigen Radverkehr unmöglich machen. Hier besteht enormer Handlungsbedarf, auf den die Stadt reagieren muss. Der öffentliche Personennahverkehr sollte auch unter der Woche zu Tages- und Nachtzeiten die sichere Mobilität von Studierenden gewährleisten. Zugang zum ÖPNV sollte für alle, unabhängig von finanziellen oder körperlichen Einschränkungen, gewährleistet werden. Wir stehen für ein bezahlbares optionales Semesterticket mit landesweitem Geltungsbereich inklusive größerer Städte in den Grenzregionen.

Selbstbestimmtes Studium (6)

An einer Universität sollten Studierende nicht nur neues Fachwissen anhäufen, sondern auch lernen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu arbeiten und Vorgegebenes kritisch zu hinterfragen. Das Studium als prägender Lebensabschnitt soll zur Entwicklung der Persönlichkeit beitragen. Neben dem eigentlichen Studium geschieht dies durch vielfältiges soziales, ehrenamtliches sowie fachlich-akademisches Engagement. Wir sehen dies als Grundvoraussetzung zur Weiterentwicklung unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft. Viele Prüfungsordnungen verschiedener Studiengänge stellen sich jedoch nach der Bolognareform als starre Pflichtvorgaben dar, die keinen Platz für spezielle Vertiefungsinteressen und Nebentätigkeiten lassen und die Studierbarkeit erheblich einschränken. Soweit möglich fordern wir die Abschaffung von Anwesenheitspflichten und weitgehend große Wahlfreiheit bei der Belegung von Lehrveranstaltungen. Um möglichst selbstbestimmt studieren zu können, brauchen Studierende 24/7 geöffnete Arbeits- und Lernräume.

Im selben Sinne setzen wir uns dafür ein, die Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Regelstudiendauer abzuschaffen. Diese Regelungen sind repressiv und passen nicht in unser Bildungsverständnis eines lebenslangen Lernprozesses.

Mitbestimmung stärken - Vielfalt im Senat (7)

Studierende haben im wichtigsten Gremium der universitären Selbstverwaltung, dem Senat, eine erschreckend niedrige Mitbestimmungsmöglichkeit. Bei lediglich vier stimmberechtigten studentischen Mitgliedern ist keine angemessene Vertretung gewährleistet. Wir fordern daher eine grundlegende Demokratisierung. Der Anteil der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Studierenden sollte erhöht und der Anteil der Hochschullehrer*innen zurückgefahren werden. Wir erhoffen uns dadurch eine lebendigere Debattenkultur und reflektierte Beiträge zur Zukunft der Universität.

Ökologische Mensa (8)

Obwohl das Studierendenwerk bereits auch vegetarisches Essen und teils vegane Produkte anbietet, ist hier noch viel zu tun. Es wäre auch wichtig, zusätzlich zu der lediglich einmal im Semester stattfindenden Vegan Taste Week dauerhaft gute, abwechslungsreiche vegetarische und vegane Gerichte in allen Mensen anzubieten.

Grundsätzlich sollten regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel, die fair gehandelt werden, das Essensangebot der Mensen bestimmen. Der Herkunftsort von insbesondere tierischen Produkten sollte am Buffet gut sichtbar gekennzeichnet sein, sodass eine bewusste Konsumententscheidung seitens der Studierenden getroffen werden kann. Gerade diese sollten ein EU-Bio-Siegel aufweisen, Fisch soll mindestens MSC zertifiziert sein. Emissionsintensive Importe, wie zum Beispiel Geflügelfleisch aus China, sollten eingestellt werden.

Des Weiteren ist es dringend notwendig, dass das Studierendenwerk für Allergiker*innen und Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten transparent darstellt, was in den angebotenen Speisen enthalten ist. Zur Transparenzverbesserung fordern wir ebenfalls, dass die CO2 Emissionen pro Tages-Gericht angezeigt werden.

Tierversuche (9)

Auch das Thema Tierversuche an der Universität beschäftigt uns; hier wollen wir darauf hinarbeiten, dass Tierversuche soweit irgendwie möglich ersetzt werden. Wir treten für einen respektvollen Umgang mit allen Lebewesen ein, auch im wissenschaftlichen Betrieb.

Hochschulfinanzierung (10)

Der Hochschulfinanzierung in Baden Württemberg fehlt nach zahlreichen Reformen und Umstellungen in den letzten Jahren ein gut strukturiertes Gesamtkonzept.

Es mangelt häufig an Geld und Unterstützung. Wir fordern daher eine ausfinanzierte Hochschule und echte Mitbestimmung der Studierenden über Mittel und Gelder. Das Fortbestehen einzelner Studiengänge darf nicht von ihrem Abschneiden im CHE-Ranking oder ihrer Fähigkeit, Drittmittel einzuwerben, abhängen. Wir halten Studiengebühren für den falschen Weg zur Finanzierung unserer Hochschule: weder ausländische Studierende noch Studierende in ihrem zweiten Studium sollten hierfür aufkommen müssen.

Drogenpolitik (11)

Die Grüne Hochschulgruppe Heidelberg steht für eine Liberalisierung der bisherigen restriktiven Drogenpolitik. Um ein allgemeines Umdenken in Gang zu setzen, sollten lokal einige Modellprojekte, wie zum Beispiel Cannabis Social Clubs, gestartet werden.